

Der Sozialstaat ist Geschichte

ODER: Wenn ihr eure Augen nicht zum sehen nutzt, werdet ihr sie brauchen um zu weinen

Zusammenfassung

Nachdem Gerhard Schröder am 14. März 2003 im Deutschen Bundestag seine "Agenda 2010" vorgestellt hatte, war das Totenglöckchen des Sozialstaates geläutet. Ausgerechnet die Sozialdemokraten hatten eine Lawine ausgelöst, die seither mit immer schneller werdender Geschwindigkeit die Errungenschaften der "sozialen Marktwirtschaft" mit Brachialgewalt beiseite fegt.

So ist bereits schon zweimal in diesem Jahr das SGB II geändert worden, und keine der Änderungen brachte für die Betroffenen spürbare Verbesserungen, dafür aber in vielen Fällen schmerzhaft Verschlechterungen.

Trotzdem herrscht eine beängstigende Totenstille über diesem Land, und man kann das Häuflein Aufrechter beim Sozialprotest bald an einer Hand abzählen. Wenn wir nun aber nicht in einer gleichen Situation landen wollen, in der sich Deutschland schon einmal zum Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts befand, dann heißt es *JETZT* handeln.

Agenda 2010

Im Bundestagswahlkampf 2002 war in einer SPD-Wahlkampfbroschüre noch zu lesen:

"Eine Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe wird es nicht geben"

Als dann die ersten Eckpunkte des SGB II bekannt wurden, wurde der befürchtete Fall von vielen Fachleuten bestätigt, denn für die meisten Betroffenen war die Zusammenlegung der beiden Systeme so, dass ihre Ansprüche unterhalb der bisherigen Sozialhilfe lagen. Ich erinnere mich an viele Diskussionen aus den Jahren 2003 und 2004, wo man mir immer wieder vorwarf, ich sähe die Dinge viel zu pessimistisch. Doch leider behielt ich Recht.

Schließlich gab es dann eine breite soziale Protestbewegung, und alle von uns erinnern sich noch an die Montagsdemonstrationen mit zig-tausenden von Teilnehmern. Trotzdem kam die rot-grüne Regierung angesichts der Massendemonstrationen kaum ins Wanken, und abgesehen von ein paar Detailverbesserungen trat das SGB II am 01.01.2005 in Kraft.

Dass es den sozialen Bewegungen mit ihren Protesten nicht gelungen war, gravierende Änderungen in dem Gesetzeswerk herbeizuführen, geschweige denn Hartz IV gar verhindert werden konnte, ist nach meiner Meinung nach einer der Hauptgründe für die derzeitige Apathie unter den Betroffenen.

Immerhin führt der Sozialprotest mit zur Neugründung der Linkspartei.PDS und zu einem respektablen Ergebnis bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005. Aber ob die neu zu gründende Partei noch den Wind der Sozialproteste des Jahres 2004 unter den Flügeln hat, und sich noch immer als "Hartz IV muss weg Partei" empfindet, ist meiner Meinung nach äußerst fraglich.

Einführung von Hartz IV

Vom Herbst 2004 bis zum Jahresende 2005 habe ich selber rund 1.000 Beratungsgespräche mit Betroffenen geführt. Insgesamt wurden im Zfl ungefähr 6.000 Beratungen in diesem Zeitraum nachgefragt. Dabei mussten wir miterleben, wie eine katastrophale Gesetzgebung auf dem Rücken der Betroffenen ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt wurde.

Trotzdem blieben die "Wutausbrüche" der Betroffenen aus, bzw. hielten sich in Grenzen, und die Mehrzahl der ALG II - Bezieher begann sich im bestehenden System einzurichten, da eine positive Veränderung der Sozialgesetze zu ihren Gunsten in eine weite Ferne gerückt war, wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Parallel dazu war ein stetiges Ansteigen eines medialen "Trommelfeuers" auf die Langzeitarbeitslosen zu verzeichnen, das mit dazu führte, dass die Erwerbslosen in Deckung blieben. Einen traurigen Höhepunkt erreichte die Kampagne mit der vom damaligen Minister Clement herausgegebenen Broschüre des BMWA, in der ohne jede Grundlage einfach behauptet wurde, es finde ein Sozialmissbrauch im Bereich von Hartz IV in einer Größenordnung von ca. 25% statt. Eine unverschämte Lüge, die aber dennoch von unseren gleichgeschalteten Presstituierten in Manier einer Hofberichterstattung eifrig nachgebetet wurde.

So wurde der Boden dafür bereitet, den Sozialstaat endgültig zur Farce zu machen.

Das Jahr 2006 - die Demontage hat begonnen

Als die ersten Informationen an die Öffentlichkeit drangen, dass die große Koalition die Bedingungen für die unter 25 jährigen im SGB II wesentlich verschärfen wolle, warnten viele der mit der Materie befassten - darunter auch wieder einmal ich -, dass, wenn dieses Vorhaben nicht einen massiven Protest hervorrufen würde, die Regierung dies als Startsignal für weiteren Sozialraub interpretieren würde.

Aber die Warnungen blieben unbeachtet, die Verschärfungen wurden teilnahmslos hingenommen. Für eine Deutsche Sozialistin war dabei die Tatsache fast nicht zu ertragen, dass ziemlich zeitgleich ganz Frankreich auf den Beinen war, um die Sozialkürzungen bei ihren Kindern, die ein weit geringeres Ausmaß hatten als die geplanten Kürzungen in Deutschland, zu kippen. Der Dauerprotest in Frankreich zwang die Regierung, bereits beschlossene Gesetze zurückzunehmen.

Angesichts dieser deutschen Untertanenmentalität wurde dann unverdrossen, heftig und nachhaltig damit weitergemacht, den Sozialstaat abzuschaffen, erinnert sei dabei nur, dass Müntefering im Vorbeigehen und ohne großen öffentlichen Aufschrei die Rente mit 67 eingeführt hat und von der großen Koalition die solidarische gesetzliche Krankenversicherung geschreddert wurde. Bis jetzt wird devot hingenommen, dass ab nächstes Jahr die Beiträge zu den gesetzlichen Krankenkassen steigen werden, dafür aber die Leistungen sich für die gesetzlich Versicherten wieder einmal erheblich verschlechtern.

Der Kriegserklärung zweiter Teil

nennt sich ganz vornehm Fortentwicklungsgesetz und wurde noch in der Nacht vor der Abstimmung im Bundestag auf Wunsch der CDU/CSU gegenüber dem bis dahin vorliegenden Entwurf noch einmal verschärft. Dieses Fortentwicklungsgesetz bringt nicht nur wieder einmal erhebliche Verschlechterungen für die Betroffenen mit sich, sondern ist auch ein Großangriff auf den Rechtsstaat, denn die Beweislastumkehr zu Lasten der Bürger ist ein herber Schlag ins Gesicht der Rechtsstaatlichkeit.

An dieser Stelle ist vielleicht einmal ein kurzer Blick in unser Grundgesetz angebracht, im Artikel 28 heißt es da: "Die Verfassungsgemäße Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen" und weiter im Artikel 20: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat". und weiter im Absatz (4) "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Wieder einmal völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Herr Papier (CSU) in einem Artikel das Sozialstaatsgebot des Artikel 20 in Frage gestellt und behauptet, dies sei kein Gebot für den Staat sondern eher eine unverbindliche Absichtserklärung. Unser über alles geliebter Bundespräsident hat dem natürlich sofort zugestimmt, so dass zwei der drei höchsten Verfassungsorgane der BRD den Sozialstaat unwidersprochen als obsolet bezeichnet haben.

Interessant dabei ist, dass ja im Artikel 20 "demokratisch" und "sozial" in einem Atemzug genannt werden. Interpretiert man den Präsidenten des Verfassungsgerichtes folgerichtig, dann ist damit das Gebot des demokratischen Staates ja auch nur eine unverbindliche Absichtserklärung und in der Praxis nicht so ernst zu nehmen.

Ein Aspekt, den man nicht unbeachtet lassen sollte. Wird also, nachdem der Sozialstaat geschlachtet ist, die Demokratie abgeschafft? Betrachtet man den Einfluss und die Aktivitäten der Bertelsmann-Stiftung der letzten Jahre, kann man auf diese Frage getrost antworten: "Es wird daran gearbeitet".

Doch noch ist die Tinte der Unterschrift des Bundespräsidenten unter dem Fortentwicklungsgesetz nicht trocken, werden schon die nächsten Schritte in Richtung Sozialraub angekündigt, und diesmal will man Nägel mit Köpfen machen, unsere Bundeskanzlerin will das gesamte Hartz IV Gesetz "auf den Prüfstand stellen".

Der Sturmangriff steht unmittelbar bevor.

Einen ungefähren Überblick über die geplanten Sauereien gibt die Ausschussdrucksache des Bundesrates anlässlich der Beratung zum Fortentwicklungsgesetz, hier die wichtigsten Punkte im Überblick:

1. Vorrang von Unterhaltsansprüchen vor dem Leistungsbezug. Im Klartext heißt das nichts anderes als: Eltern haften für ihre Kinder, Kinder haften für ihre Eltern, und zwar völlig unabhängig von dem Alter und ob die Familie (Pardon; Bedarfsgemeinschaft) noch zusammenwohnt oder bereits in alle Winde verstreut ist.
2. Zahlung des ALG II nur noch über einen begrenzten Zeitraum hinweg, z.B. fünf Jahre wie in den USA, danach ist Schluss und es gibt für den Rest des Lebens keinen einzigen Cent mehr von der ARGE.
3. Einführung einer negativen Einkommensteuer nach dem Vorbild der USA

4. Streichung des Zuschlages nach § 24

Dies würde bedeuten, dass sehr viele Menschen, die bis jetzt ALG II beziehen, nach diesen Änderungen kein Geld mehr vom Staat bekommen und sehen können, wo sie bleiben. Aber die oben genannten sind nicht die einzigen Vorschläge, die durch die politische Landschaft geistern, unter anderem wird eine Absenkung des Regelsatzes auf das physische Existenzminimum von 225 Euro diskutiert, und der Städtetag möchte doch bitte gerne, dass die angemessenen Unterkunftskosten deutlich nach unten revidiert werden, um so ihre maroden Finanzen zu sanieren. Begleitet wird das alles noch von einem obskuren Kombilohnmodell, das aus einer Kombination von physischem Existenzminimum und negativer Einkommensteuer bestehen könnte.

Auf jeden Fall sollen die Erwerbslosen mit Gewalt in die Niedriglohnbereiche geprügelt werden, Stundenlöhne um die 2 Euro werden dann in diesen "Arbeitsverhältnissen" die Regel sein. Kein Mensch, der in diese Sklaverei und Leibeigenschaft gepresst wird, wird dann von dem ihm zur Verfügung stehenden Geld leben können. Siehe USA, wo ein nicht unerheblicher Teil dieser Sklaven ohne Wohnung ist und deshalb im Auto lebt, obwohl er Vollzeit arbeitet.

Noch härter wird es die Erwerbslosen treffen, die noch nicht einmal einen der Niedriglohnjobs ergattern können, diese dürfen dann in einem Pappkarton auf dem Lüftungsschacht eines Einkaufszentrums ihr Leben fristen, auch diese Gesellschaftsschicht kann man in den USA heute schon besichtigen.

Dies alles ist nun kein Hirngespinnst von mir, sondern liegt in offiziellen Dokumenten von Bundestag, Bundesrat und Parteien vor, von Veröffentlichungen der Wirtschaftsverbände ganz zu schweigen, und kann ohne großen Aufwand im Internet nachgelesen werden. Und dennoch liegt eine beunruhigende Totenstille über diesem Land, gerade so als ob die Regierung unser Trinkwasser mit Valium anreichern würde.

Exkurs: Die Tafel

Vor kurzem wurde die Errichtung der sechshundertsten Tafel in Deutschland mit viel Medienrummel gefeiert. Entschuldigung, aber ich halte es nicht für eine großartige soziale Errungenschaft, wenn man Bedürftigen den Abfall der Gesellschaft zum Fressen gibt und dann auch vielleicht noch Dankbarkeit von den Leuten erwartet. Ich hielte es für eine soziale Errungenschaft, wenn es diese Gesellschaft schaffen würde, jedem ein Auskommen in Würde zu bieten.

Nun sollte man über die Tafeln aber doch ein bisschen mehr wissen, als dass

dies Einrichtungen sind, die Lebensmittel, mit denen Bauern früher einmal ihre Schweine gefüttert haben, an Bedürftige verteilen.

- Das Motto der Tafel klingt erfischend spontan, basisdemokratisch und einleuchtend. Allein: im Zusammenhang mit einer scheinbar von unten kommenden spontan entstandenen sozialen Bewegung fällt zunächst deren Professionalität auf. So hat der Bundesverband der Tafeln acht Grundsätze festgelegt, die für alle Filialen in Deutschland verbindlich sind und die sich "Tafel", verbunden mit der Androhung strafrechtlicher Konsequenzen bei Markenmissbrauch, hat schützen lassen.
- Auch die Internetauftritte der Tafeln sind, während viele Vereine und mittelständische Unternehmen immer noch selbst gebastelte Seiten für ausreichend halten, durchweg professionell unter Beachtung der Corporate Identity gestaltet. Der Gesamteindruck erinnert eher an ein Franchise Konzept nach Art von McDonald's als an die altbekannten Bürgerinitiativen oder Friedensgruppen.
- Hier stellt sich dann schon die Frage, wer oder was steckt denn hinter der Tafel?

Interessierte lesen bitte den Eintrag unter:

"Tafel (Organisation)" in: "<http://de.wikipedia.org/wiki/Hauptseite>" besonders interessant ist der Abschnitt "Kritik" und der Weblink, der zu einem Artikel in "Telepolis" führt. Die im Abschnitt "Kritik" genannte Beraterfirma ist übrigens auch Initiator der Aktion "startsocial" deren Schirmherrin keine Geringere ist als *Angela Merkel*. Soll hier die staatliche Fürsorge, auf die die Betroffenen einen Rechtsanspruch haben, mittelfristig durch privates Sponsoring ersetzt werden, auf das die Betroffenen dann keinen einklagbaren Rechtsanspruch mehr haben, sondern auf Gedeih und Verderb von der privaten "Spendenfreudigkeit" abhängig sind? **ALSO:**

- Die nun von mir aufgestellte These lässt sich nicht beweisen, aber erscheint es nicht logisch bei den vorliegenden Fakten, dass parallel zum "Sozialabbau komplett" flächendeckende Suppenküchen und Lebensmittelausgabestellen installiert werden, denn vorsätzlich jemanden verhungern zu lassen, dies traue ich selbst einer *Christlich Demokratischen Union* dann doch nicht zu. Aber, wenn man genau hinsieht, sind durchaus Zusammenhänge erkennbar. Und man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe:
 - man kann den Bedürftigen das Geld gegen Null kürzen,

- keiner muss medienschädlich verhungern, und als willkommener Nebeneffekt wird gleichzeitig auch noch der Abfall der Lebensmittelindustrie entsorgt.

Die Bewegungsfreiheit im Käfig erweitern

(Motto der Landarbeitergewerkschaften in Argentinien)

Um nicht mehr, aber auch nicht um weniger kann es jetzt gehen. Vorrangiges Ziel muss es sein, die geplanten Änderungen bei Hartz IV zu verhindern, obwohl es dazu fast schon zu spät ist, denn leider befindet sich ein Teil der Linken in einem ideologischen Zustand, der verhindert, sich mit komplexen Fragen auseinander zu setzen, so dass dieser Teil der Linken es fertig bringt, sich vom authentischen sozialen Kampf fernzuhalten und sich stattdessen in den Fallstricken ihres doktrinären Sektierertums verfängt.

Gefragt ist jetzt, einen Zusammenschluss der Kräfte herbeizuführen, die bereit sind, den originären, authentischen sozialen Kampf zu führen, und die bereit sind, dies auch unter der Gefahr persönlicher Nachteile zu tun. Erstes Ziel muss sein, den bevorstehenden Sozialabbau zu stoppen. Nur wenn das gelingt, hat die Linke ein Recht, an weiterführende gesellschaftliche Veränderungen zu denken. Es nützt den Leuten wenig, die demnächst kein Geld mehr von der ARGE bekommen, wenn die Linke ihnen dann ideologisch korrekt erklären kann, warum dies im Kapitalismus denn so sein muss.

Deshalb müssen wir jetzt anfangen die Bewegungsfreiheit in dem Käfig Schritt für Schritt zu erweitern, soll heißen: die soziale Lage der Menschen in prekären Lebenssituationen zu verbessern. Erst wenn die Bewegungsfreiheit innerhalb des Käfigs groß genug geworden ist, können wir darangehen, den Käfig zu zerstören. Der Strategiewechsel im Kampf um den Sozialstaat muss jetzt erfolgen, und er muss in die Richtung erfolgen, dass die reinen Protestformen ergänzt werden durch Formen des zivilen Ungehorsams und schlagkräftiger Einzelaktionen, sonst gibt es in absehbarer Zeit keinen Sozialstaat mehr.

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Diskussionsbeiträge sind ausdrücklich erwünscht und können unter:

RoteZora@gmx.biz eingebracht werden.

Naomi-Pia Witte